

Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD

zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung
— Drucksachen 11/4528, 11/6949 —

Entwurf eines Gesetzes zur Reform des Rechts der Vormundschaft und Pflegschaft für Volljährige (Betreuungsgesetz – BtG)

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, bis zum 1. April 1991 darüber zu berichten,

1. welche Maßnahmen sie zu ergreifen beabsichtigt, um die Voraussetzungen und Folgen der Geschäftsunfähigkeit neu regeln;
2. ob sie bereit ist – wenn ja wie –, das Recht der Unterbringung Minderjähriger neu zu regeln.

Bonn, den 25. April 1990

Dr. Vogel und Fraktion

Begründung

Die dringend notwendige Reform des Rechts Geschäftsunfähiger und die erforderliche Neuregelung der Unterbringung Minderjähriger stehen noch aus. Es wäre wünschenswert gewesen, wenn sich der vorliegende Gesetzentwurf auch dieser Rechtsgebiete angenommen hätte. Da dies nicht geschehen ist, vielleicht auch nicht geschehen konnte, wird die Bundesregierung aufgefordert, entsprechend zu berichten.

Dabei sollte sich die Bundesregierung auch darüber äußern, ob sie eine Neuregelung des Rechts der Vormundschaft und Pflegschaft über Minderjährige generell ins Auge zu fassen beabsichtigt.

